

Stimme der Sans-Papiers

Basel, November 2011 / Ausgabe Nr. 22

Die Zeitung der Anlaufstelle für Sans-Papiers und der Union der ArbeiterInnen ohne geregelten Aufenthalt



Die Union der ArbeiterInnen ohne geregelten Aufenthalt an der Grossdemo am 1. Oktober 2011 in Bern

Wir brauchen Spenden und einen Rechtshilfefonds

Neben der Anlaufstelle befinden sich die Räume der Anwaltspraxis Ehrler, Gessler und Roulet. Das ist ein grosses Glück, denn deren AnwältInnen stehen uns von der Anlaufstelle äusserst engagiert mit Rat und Tat bei. An dieser Stelle sei ihnen dafür herzlich gedankt.

Doch der Bedarf an anwaltschaftlicher Hilfe wird bei den immer restriktiveren Bestimmungen im Ausländerrecht zunehmend grösser. Die Anlaufstelle braucht, neben den Spenden für die politische und beratende Arbeit, dringend einen Rechtshilfefonds, um die Leistungen von AnwältInnen zu bezahlen. So ist das Heiraten von Sans-Papiers heute ohne anwaltschaftliche Vertretung kaum mehr möglich. Punkto Familiennachzug und dem Entzug der Aufenthaltsbewilligung ist die schweizerische Gerichtspraxis weit härter als diejenige in der Europäischen Union. Familien werden hier unverhältnismässig auseinandergerissen. Und LaienvertreterInnen

sind im Strafrecht seit neuestem in Basel nicht mehr zugelassen (siehe den Atrikel „In den Niederungen des Rechts“ in dieser Zeitung).

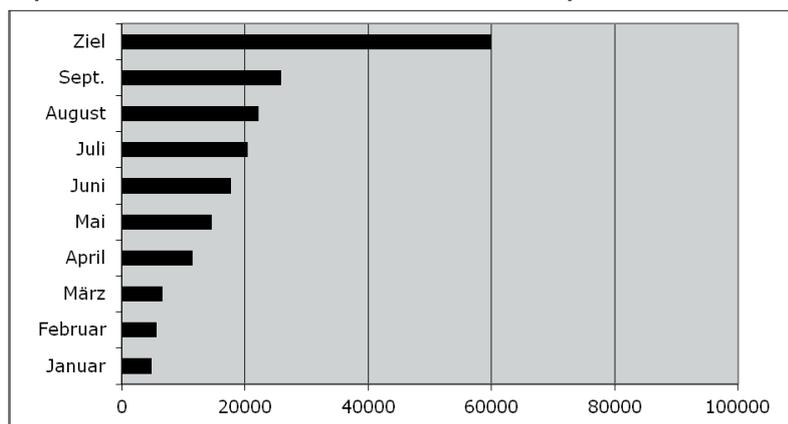
Für die Kosten der politischen Arbeit und rechtlichen Beratung hängt die Anlaufstelle ausschliesslich von Privatspenden ab. Das heisst, sie ist für ihre Beratungsarbeit auf einen kontinuierlichen Spendenfluss angewiesen. Im Jahr 2011 haben wir bis Ende September nur knapp Fr. 26'000.00 Spenden erhalten. Dies bedeutet einen grossen Rückgang

der Spenden im Vergleich zum Vorjahr. Die Politische Arbeit ist das Herzstück der Anlaufstelle und wir nehmen diesen Auftrag sehr ernst, wie Sie dem Artikel „Ein bewegter Herbst“ entnehmen können.

Zusätzlich sammelt die Anlaufstelle für einen Rechtshilfefonds und braucht hierzu eine Extraaufstützung. Wir wären für eine Extra-Zuwendung mit dem Vermerk „Rechtshilfefonds“ ausserordentlich dankbar.

Anni Lanz

Spendenbarometer Januar bis September 2011



In den Niederungen des Rechts

Wer eine Rekursfrist verpasst, unterwirft sich unumstösslich einer rechtlichen Massnahme, auch wenn sie höchst ungerecht ist und verheerende Folgen hat – beispielsweise bei einem Entzug von einer Aufenthaltsbewilligung, einer Gesuchsabweisung oder bei Strafbefehlen. In ausländerrechtlichen Belangen wird den Sans-Papiers fast immer die staatlich bezahlte Rechtsvertretung verweigert, obwohl sie in der Regel völlig mittellos sind. Hinzu kommen hohe Kostenvorschüsse. Niederschwellige Rechtshilfe ist daher sehr wichtig.

Diese ist aber wegen Verfahrenskosten meistens sehr kostspielig. Um Anwaltskosten zu sparen, übernehmen wir oft das Mandat als LaienvertreterInnen. Damit soll nun Schluss sein – zumindest was die Strafverfahren betrifft. Im Mai dieses Jahres teilte das Strafgericht Basel-Stadt Anni Lanz mit, dass gemäss Art. 127 Abs. 5 der neuen Strafprozessordnung beschuldigte Personen nur noch von professionellen AnwältInnen vertreten werden können, unabhängig davon, ob die Verteidigung von Laien-RechtsvertreterInnen unentgeltlich erfolgt. Das Appellationsgericht bestätigte diesen Bescheid.

Im nachfolgenden Interview nimmt der renommierte Rechtsanwalt Dr. Stefan Suter zu den speziell die Sans-Papiers betreffenden Verfahren Stellung. Der in vielen aufsehenerregenden Prozessen erfolgreiche Anwalt vertritt auch immer wieder UnterstützerInnen von Sans-Papiers oder mittellose Sans-Papiers selbst ohne Aussicht auf ein Honorar. Suter erhielt vom Papst für sein Hilfsprojekt in Madagaskar den Gregorius-Orden, die höchste Auszeichnung, die der Papst einem Laien zukommen lässt.

Weshalb vertreten Sie mittellose Personen ohne regulären Aufenthalt (Sans-Papiers) in Zwangsmassnahmen- und Strafverfahren? Welches ist Ihre Motivation?

Ich lehne die Ausschaffung und noch viel mehr die Durchsetzungshaft ab. In Gefängnisse gehören Kriminelle. Wenn man Menschen einsperrt, die gar keine Straftaten begangen haben, so wird in diesem Bereich der humane Rechtsstaat aufgelöst. Die Ausschaffungshäftlinge befinden sich am alleruntersten Rand der Gesellschaft. Es gilt die Verpflichtung, sich gerade auch für die Schwachen einzusetzen.

Wenn dann zusätzlich Leute bestraft werden, weil sie hier bleiben und nirgends anders hingehen können, so schlägt dies dem Fass den Boden heraus. Da sollte eigentlich jedermann motiviert sein, gegen solche Ungerechtigkeiten anzugehen.

Wird Ihnen bei der Rechtsvertretung von mittellosen Sans-Papiers die unentgeltliche Prozessführung häufig verweigert?

Die Verweigerung der amtlichen Verteidigung kommt immer wieder vor. Gerade deswegen müsste man entgegen der neuen Praxis auch spezialisierte Nichtjuristen, – wie Frau Dr. h.c. A. Lanz, – zur Vertretung zulassen. Die Problematik besteht darin, dass die gesetzlichen Voraussetzungen sowohl der notwendigen, als auch der amtlichen Verteidigung formalisiert wurden. Die Voraussetzung für die notwendige Verteidigung ist eine Untersuchungshaft von mehr als 10 Tagen oder eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr. Aber natürlich stellt auch bereits eine unbedingte Strafe bis zu 12 Monaten ein sehr schwerwiegender Eingriff in die Grundrechte dar. In diesem Fall kann nur noch versucht werden, über die Unfähigkeit die Verfahrensinteressen zu wahren, eine notwendige und damit amtliche Verteidigung zu erreichen. Regelmässig wird man sich mit dem Einwand der Justizbehörden auseinandersetzen müssen, dass der rechtliche Sachverhalt relativ einfach sei, weil der Ausländer wisse, dass er sich hier nicht aufhalten dürfe. Dies führt zur letztlich absurden Situation,



Heiratstheater am 26. Oktober 2011 in Basel

dass der Ausländer, der des illegalen Aufenthalts bezichtigt wird, vor Gericht keinen Verteidiger erhält. Hat er aber gleichzeitig noch eine Tat begangen, die die konkrete Strafdauer über ein Jahr erhöht, so hätte er das verbriefte Recht auf einen vom Staat bezahlten Anwalt.

Was sollte Ihrer Meinung in der Rechtspraxis verbessert werden, damit mittellose Sans-Papiers ihre Verfahrensrechte wahrnehmen könnten?

Es geht m.E. nicht nur um einige Details in den Verfahrensrechten. Die ganze Ausschaffungshaft basiert auf ungesunden Säulen. Jemanden einzusperren – und dazu noch so lange – der nichts verbrochen hat, das kann ich nicht akzeptieren. Die ganzen Gesetzesbestimmungen zu dieser Ausschaffungs- und Durchsetzungshaft sind wirklich unerträglich, weil sie praktisch keinen Ermessensspielraum im Einzelfall mehr zulassen. Auch die jeweils hierzu ergehenden Gerichtsurteile dienen mehr dem Schein als dem Rechtsstaat. Oft steht das Ergebnis schon von vornherein fest und die Urteile werden im Bausatzsystem zusammengestellt. Ein Jus-Student im 1. Semester mag beeindruckt sein. Wer indessen verschiedene Urteile gelesen hat, stellt fest, dass in ihnen immer etwa das Gleiche steht.

Ich befasse mich als Anwalt fast mit sämtlichen Rechtsgebieten und habe auch nicht vor, das Ausländerrecht noch stärker in meine Praxis einzubeziehen. Allerdings sollte man sich gelegentlich auch mit den Niederungen des Rechts befassen, um diese Facetten zu kennen und auch zu wissen, wo wirklich Handlungsbedarf zur Wiederherstellung eines humanen Rechts besteht. Ausschaffungshaft ist menschenunwürdig.

Interview: Anni Lanz

Ein bewegter Herbst

Nationale Demo und Petition

Am Samstag 1. Oktober 2011 fuhr rund hundert Personen - Sans-Papiers und UnterstützerInnen - mit zwei von der Anlaufstelle organisierten Cars an die gesamtschweizerische Sans-Papiers-Grossdemo nach Bern. Es war eine laute und farbige Demo bei strahlendem Wetter. Die Union der ArbeiterInnen ohne geregelten Aufenthalt protestierte mit dem frisch gemalten Transparent am Anfang des Demozuges. Insgesamt nahmen etwa 5000 Menschen teil und forderten eine Abkehr von der heuchlerischen Politik im Umgang mit Sans-Papiers.

„Schluss mit der Heuchelei“ ist auch die Hauptforderung der von knapp 20'000 Personen unterzeichneten gleichnamigen Petition, die Mitte Oktober übergeben wurde. Sie enthält weitere konkrete Forderungen an Bundesrat und Parlament, so beispielsweise den sofortigen Stopp sämtlicher Zwangsausschaffungen und die Schaffung funktionierender Rahmenbedingungen zur Regularisierung illegalisierter Menschen.

Entgegen dem mehrmaligen Aufruf des Europarates hat die Schweiz eine kollektive Regularisierung von Sans-Papiers seit Jahren immer wieder abgelehnt. Stattdessen hat sie die individuelle Härtefallregelung eingeführt. Individuelle Regularisierungen sind mit der aktuellen Rechtsprechung jedoch praktisch unmöglich. Dies zeigt aktuell auch der Fall von Mustafa Renkliöz: Er lebte und arbeitete 10 Jahre in der Schweiz und über 700 Personen haben in einer Petition sein Bleiberecht verlangt. Trotzdem wurde ihm dieses verwehrt. Er wurde kürzlich in die Türkei weggewiesen.

Aktion im Spiegelhof

Neue Gesetze, Strafbestimmungen und -verschärfungen wegen illegalem Aufenthalt, der unablässige Versuch von Politikern, die eh schon prekären Grundrechte der Sans-Papiers auf Gesundheit und Bildung abzuschaffen sowie das seit 1. Januar 2011 geltende Heiratsverbot verschlechterten die Lebensbedingungen der Sans-Papiers in den letzten Jahren fortlaufend. Um auf diese Missstände aufmerksam zu



Wir wollen heiraten - Dürfen aber nicht

machen versammelte sich am Mittwoch, 26. Oktober eine fröhliche Hochzeitsgesellschaft vor dem Rathaus in Basel und zog nach dem offiziellen Fototermin weiter zum Spiegelhof. Dort wurden die drei ehewilligen Paare von der Fremdenpolizei einer Scheineheprüfung unterzogen. Gelang es den Paaren nicht, die teils höchst persönlichen Fragen zu Beziehung und Privatleben zur vollsten Zufriedenheit der Fremdenpolizei zu beantworten oder wenn die Fremdenpolizistin ganz einfach „kein gutes Gefühl“ hatte, wurden die jeweiligen PartnerInnen ohne geregelten Aufenthalt aufgefordert, die Schweiz sofort zu verlassen.



Banquet Républicain in der Antoniuskirche am 8. November 2011

Mit dieser theatralische Aktion im Spiegelhof wollten wir an einem symbolischen Ort den willkürlichen Umgang der Behörden mit Sans-Papiers thematisieren und darauf aufmerksam machen, dass in der Schweiz lebenden Men-

schen verfassungsmässig garantierte Grundrechte verwehrt werden. Leider haben uns die Medien komplett ignoriert. Auch das sagt etwas aus. Wir hatten trotzdem eine Menge Spass bei dieser Aktion, und in der alltäglichen Arbeit kämpfen wir weiter dafür, dass die Grundrechte der Sans-Papiers respektiert werden.

len schönen Begegnungen und anregenden Gesprächen, das uns zum Weitermachen motiviert.



Die Fremdenpolizei entscheidet über Heiratsbewilligungen

Banquet Républicain

Am 8. November 2011 luden wir zum Banquet Républicain in die Antoniuskirche ein. Rund 150 Personen, davon viele Sans-Papiers und UnterstützerInnen der ersten Stunde, feierten das zehnjährige Jubiläum der Sans-Papiers-Bewegung Basel. Charo, ehemalige Sans-Papiers, die mit ihrem Mann das Restaurant „Don Quijote de Bolivia“ an der Heggenheimerstrasse 14 in Basel führt, sorgte für köstliches Essen. Es war ein grossartiges Fest mit vie-

Aktionen und Anlässe wie die Grossdemo in Bern, das Heirats-theater im Spiegelhof oder das Banquet Républicain sind wichtige Bestandteile unserer Arbeit. Es sind gemeinsame Erlebnisse für Sans-Papiers, ihre UnterstützerInnen und das Team der Anlaufstelle, die nicht nur Freude machen, sondern auch verbinden und motivieren. Da der Arbeitsalltag bei der Anlaufstelle manchmal auch zermürend ist, sind diese Momente besonders wertvoll und wichtig. Ein grosses Dankeschön an dieser Stelle an alle, die mit ihrer tatkräftigen Unterstützung und Teilnahme dazu beitragen!

Nora Niederer

Zeitung der Anlaufstelle für Sans-Papiers

Gewerkschaftshaus, Rebgasse 1, Basel, Tel. 061 681 56 10
 basel@sans-papiers.ch
 www.sans-papiers.ch
 Postkonto: 40-327601-1

Öffnungszeiten: Di: 14-18, Do: 16-20 Uhr
 Telefonische Auskünfte: Di: 11-12 und Do: 15-16 Uhr

Redaktion: Anni Lanz
 Layout: Nora Niederer

Trägerorganisationen:

Solidaritätsnetz Basel
 Demokratische JuristInnen (DJS)
 Interprofessionelle Gewerkschaft (IGA)
 Comité européen pour la défense des
 réfugiés et immigrants (C.E.D.R.I)
 VPOD Basel
 Unia Basel
 BASTA!